

setzung über den § 218 und die Umfragen über Abtreibung und Euthanasie.

Nun gehört die Frage nach der Unverletzlichkeit des Lebens ihrer Natur nach zweifellos zu jenen Fragen, die üblicherweise zum sog. ethischen Minimum an gemeinsamer Überzeugung und Übereinkunft in einer von unterschiedlichen Handlungsmaximen und Weltanschauungen getragenen Gesellschaft gehören. Wenn aber Übereinstimmung in einer solch fundamentalen Frage nicht besteht, ist es auch nicht sehr sinnvoll, von einem ethischen Minimum zu reden, das sozusagen das sittliche Selbstverständnis einer Gesellschaft zum Ausdruck bringt. Was als ethisches Minimum ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit eine politische Manövriermasse an gesellschaftlichen Übereinkünften durch Gesetz und Konventionen, die sich bei der Überschreitung der nächsten Schwelle jeweils wieder in ihrer Substanz verändert. Folgerichtig (innerhalb einer solchen Entwicklung) gründet man das Strafrecht auf dem sehr manipulierbaren Begriff der „Sozialschädlichkeit“ und nicht auf einer unveränderlichen Rechtssubstanz, zu der die Unantastbarkeit des Lebens gehört. Die Mißachtung des Rechts auf Leben des ungeborenen wie des behinderten Lebens muß nicht „sozialschädlich“ sein, wenn man Gesellschaft nicht als auf unverfügbaren sittlichen Grundlagen basierende Solidargemeinschaft versteht.

Der § 218 ist Anlaß, diese *Grundfrage* neu zu erörtern. Zunächst ist aber nüchtern davon auszugehen, daß es eine

den Gesetzgeber bindende gemeinsame Basis sittlicher Grundüberzeugungen in der Gesellschaft nicht gibt. In einer solchen Situation hat es eine politische Führung und hat es der Gesetzgeber zugegebenermaßen nicht leicht. Und Gesetze werden in sich unwirksam, wenn keine gemeinsamen Grundüberzeugungen dahinterstehen. Besteht aber die Funktion des Gesetzgebers hauptsächlich nur darin, den „Volkswillen“ gemäß seinem jeweiligen Entwicklungsstand zu formulieren, gewissermaßen die Macht der Fakten zu kodifizieren, oder hat er innerhalb dieser Entwicklung auch eine Führungsaufgabe? Er hat sie und er muß sie wahrnehmen, um der Gesellschaft Konsistenzkrisen zu ersparen oder sie so gering wie möglich zu halten. Das bedeutet im Falle der Gesetzgebung über den Schwangerschaftsabbruch, daß sich der Gesetzgeber auf die sachlich notwendigen Reformen beschränkt. Das bedeutet Einschränkung der Straffreiheit auf die wirklichen Konfliktsfälle, in denen eine Abwägung konkurrierender Rechtsgüter notwendig ist, bei gleichzeitigen gesellschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die die Zahl solcher Konfliktsfälle (unter sozialen Aspekten) prophylaktisch möglichst gering halten. Der Gesetzgeber kann sich aber auf keinen Fall, weder in seiner Sozial- noch in seiner Rechtspolitik an der Illusion von einem konfliktfreien Dasein beteiligen, der der um Wohlstandswahrung und -vermehrung so sehr bemühte spätbürgerliche Zeitgenosse so leicht erliegt. Er würde dazu beitragen, diesem Zeitgenossen, der Emanzipation zu leicht als Nutzenstrategie versteht, sein eigenes Grab zu schaufeln.

D. A. Seeber

## Kirchliche Vorgänge

### Die Orthodoxen im Konflikt mit dem Weltkirchenrat?

Auf dem Weg zur Fünften Vollversammlung des ÖRK 1975 in Djakarta muß dieser einen schwelenden Konflikt mit den Orthodoxen Kirchen ausräumen, der um so schwerer wird, je mehr sich der Vatikan diesen Kirchen zuwendet. Der erste Schritt dazu geschah auf der Tagung des Zentralausschusses Ende Februar 1974 in Bad Saarow bei Berlin. In zwei Briefen wurden die Botschaften des Moskauer Patriarchen *Pimen* und des Ökumenischen Patriarchen *Dimitrios* von

Konstantinopel an den Zentralausschuß anläßlich des 25jährigen Bestehens des Weltrates im August 1973 in Genf beantwortet (HK, Oktober 1973, 495 f.). Die beiden Patriarchen hatten den vermeintlich neuen Kurs kritisiert, den sie aus der Weltmissionskonferenz von Bangkok Ende Dezember 1972 erkannt zu haben glaubten. Dort ging es um die Frage, was ist „das Heil heute“. Unter Einfluß der jungen Kirchen der Dritten Welt waren die Akzente stark auf „Befreiung“ verscho-

ben worden (HK, April 1973, 206 bis 209). Die Botschaften der Patriarchen beantworteten den in Bangkok beschlossenen „Brief an die Kirchen“.

Der Konflikt ist im Grunde nichts Neues. Er durchzieht das Verhältnis zwischen Genf und den Ostkirchen von jeher. Ihnen ist die Arbeit der Kommission *Faith-and-Order* für eine dogmatische Einheit der Kirche wichtiger als die Arbeit der Kommission „Kirche und Gesellschaft“, die seit ihrer

Weltkonferenz von Genf 1966 die Aufmerksamkeit des ÖRK intensiv auf die Frage sozialer Gerechtigkeit gelenkt hatte (Entwicklungshilfe, Kampf gegen den weißen Rassismus). So beherrschte sie auf der Vierten Vollversammlung in Uppsala 1968 die Atmosphäre und die Wahl der Prioritäten. Damit wurde eine Vereinbarung bedroht, die 1961 den Beitritt der Orthodoxen aus dem Sowjetblock zum ÖRK ermöglicht hatte. Ihnen war zugesagt worden, daß Faith-and-Order aufgewertet werden solle.

Wer seitdem die reichhaltigen Arbeiten von Faith-and-Order verfolgt hat, an denen seit 1968 auch 12 römisch-katholische Theologen teilnehmen, und wer den letzten Entwurf über „das ordinierte Amt“ kennt, der jetzt zur Diskussion umläuft und auf der Arbeitstagung von Ghana Ende Juli 1974 die endgültige Formulierung erfahren wird (vgl. den vollen Wortlaut in „Istina“ 1973 Nr. 4, S. 418—447), kann nicht bestreiten, daß die Arbeit vorankommt. Doch der Entwurf versucht auch, die Tradition der sog. „katholischen“ Kirchen, die das Bischofsamt mit apostolischer Sukzession haben, zur Synthese zu bringen mit der presbyterialen Tradition der Reformations- und der Freikirchen. Die kritischen Briefe der beiden Patriarchen lassen erkennen, daß sie diese Synthese ablehnen. Es liegt also eine ernste „Strukturkrise“ vor (vgl. „La Croix“ 21. 3. 74).

## Die Klagen der Orthodoxen

Die Mitte März 1974 veröffentlichten Antworten des Exekutivkomitees aus Bad Saarow (Opd 14. 3. 74) befassen sich mit den besorgniserregenden Einwänden.

Da ist zunächst der Brief von Patriarch *Dimitrios* vom 16. August 1973. Er würdigt ausführlich den Beitrag des Ökumenischen Patriarchats zur Geschichte der Ökumenischen Bewegung, zur Gründung des ÖRK und zum Beitritt der Orthodoxen mit der Erweiterung der sog. christologischen Basis zum trinitarischen Bekenntnis auf der

Dritten Vollversammlung in Neu-Delhi 1961, sodann die theologische Mitarbeit an den vielfältigen dogmatischen Themen von Tradition über Chalcedon bis zur Konziliarität. Die aufgebrochene Krise führte er darauf zurück, daß der ÖRK den Problemen dieser Welt, dem „Bösen in der Gesellschaft“, einseitige Beachtung geschenkt habe. So würden „die Fundamente der Ökumenischen Bewegung und des ÖRK erschüttert“. Mit der Forderung, nicht mehr werden zu wollen als ein „Rat“ und „Werkzeug der Kirchen“, verbindet *Dimitrios* einen *substantiellen Einspruch*: man solle so bald wie möglich die römisch-katholische Kirche aufnehmen, aber „nicht bestimmte Bewegungen oder religiöse Vereinigungen oder außerkirchliche Gruppen, die ganz eindeutig keine ekklesiologische Qualifikation vorzuweisen haben“. Gemeint sind wohl die Pfingstbewegungen und afrikanische Sekten. Der ÖRK solle nicht seine grundlegende Wahrheit verleugnen, sondern dabei bleiben, „Christus und Christus allein zu verkündigen“.

Die entsprechende Botschaft des Moskauer Patriarchen *Pimen* vom 7. August 1973 ist kürzer. Sie stellte an den Dokumenten von Bangkok fünf positive Punkte fest, kam dann aber auf die „bestürzend negativen“ und behauptete, das Heil werde wesentlich als ein „schrackenloser Horizontalismus“ verstanden. Über das letzte Ziel des Heils, das ewige Leben in Gott, samt der sittlichen Läuterung werde nichts gesagt. Der ÖRK müsse dem *falschen Erlösungsbegriff* widerstehen. Doch diese Botschaft sagte nicht alles. Wenige Wochen später, am 16. September 1973, besuchte Patriarch *Pimen* für drei Tage den ÖRK in Genf, wo gerade die zweite Phase der Europäischen Sicherheitskonferenz beginnen sollte. Bei dieser Gelegenheit hielt er eine lange Programmrede (vgl. den vollen Wortlaut in „The Ecumenical Review“ Januar 1974, S. 119f.). Er rühmte den Beitrag der Orthodoxen zum Werden des ÖRK, warnte vor Fehlern, die früher die Orthodoxen begangen hätten, und forderte, die Einheit der Kirchen nicht durch irgend-

welchen äußeren Zwang, sondern nur durch *Sobornost*, d. h. durch konziliaries Verhalten und organisches Zusammenwachsen, zu suchen. Es sei recht, daß man in Bangkok an die vielen irdischen Nöte der Völker gedacht habe, aber die Bemühungen um das geistliche Leben der Gläubigen sowie das Evangelium vom gekreuzigten und auferstandenen Christus dürfe nicht vernachlässigt werden. Leider seien viel zu wenig orthodoxe Theologen in den ökumenischen Körperschaften auf allen Ebenen tätig, ein Mangel, der sich hoffentlich bald abstellen lasse.

Der Patriarch wurde zwischenherein aber hochpolitisch. Im Hinblick auf die Sicherheitskonferenz trat er — darin mit dem Generalsekretariat übereinstimmend — für die Rechte der Palästinenser ein, aber auch für die UN-Resolution gegen Israel vom 22. November 1967 und für die Ziele der „Christlichen Friedenskonferenz“, eines Ablegers der sowjetischen Außenpolitik. Er versäumte es nicht, außerdem das System der UdSSR zu loben. Die unbestreitbaren Verdienste der sozialistischen Lebensweise, „wie wir sie verstehen“, entsprächen weithin christlichen Idealen. Hier gebe es nicht die Krisen des kapitalistischen Systems. Der materielle Lebensstandard der 250 Millionen Sowjetbürger sei hoch genug: „Wir haben keine Reichen und keine Armen... Wir haben keine Privilegien und keine Unterdrückten.“ Solchenizyns „Archipel GULAG“ war noch nicht erschienen. Im ÖRK hat man diese propagandistische Pflichtübung als Gegenleistung für die Ausreiseerlaubnis nicht überbewertet und infolgedessen unbeantwortet gelassen.

## Die Antworten des Zentralausschusses

Es ist nicht so, daß die Orthodoxen die Krise nur herbeigeredet hätten an einem historischen Wendepunkt, da der Kreml zur diplomatischen Offensive gegen den zerstrittenen Westen übergeht, insofern auch gegen den immer noch zu „westlichen“, protestantischen Weltkirchenrat. Der neue Generalsekretär Potter hatte die Krise in

seinem Rechenschaftsbericht zur Jubiläumstagung des Zentralausschusses mit aller Sorgfalt offengelegt und auf die Formel gebracht, daß sich die Mitgliedskirchen eigentlich in den vergangenen 25 Jahren wenig geändert hätten. Er berief sich auf den orthodoxen Theologen *P. Vergheese*. Danach hätten die orthodoxen Kirchen „die Bedeutung ihrer Mitgliedschaft sicher nicht bis zu Ende durchdacht“, und es sei ebenso fraglich, ob „die Reformationskirchen die Reflexion über diesen Punkt hinreichend vertieft haben“. Potters Sorge gilt einem „*konservativen Ge-schlag*“ seitens aller an ihren Traditionen festhaltenden Gruppen, d. h. der klassischen Vertreter von Faith-and-Order, der Evangelikalen wie auch derer, die christlichen Ideologien anhängen. In dem Zusammenhang beklagte er auch das Dokument „*Mysterium Ecclesiae*“. Liest man heute seinen Bericht noch einmal nach, so wird einem erst richtig bewußt, was auf dem Spiel steht und auch, daß die Ostpolitik des Vatikans zur Beunruhigung des ÖRK beiträgt.

Wieweit helfen nun die Antworten von Bad Saarow zur Überwindung der Krise, soweit sie die Ostkirchen betrifft? Der Brief an Patriarch Pimen ist von *M. M. Thomas* unterzeichnet, Vorsitzender des Zentralausschusses. Er stellt nur den ersten Schritt dar. Denn Thomas weist darauf hin, daß demnächst eine kleinere Kommission nach Sagorsk reist, um alle im Brief behandelten Fragen genauer durchzusprechen. Er schlägt vor, eine größere Kommission solle im Sommer folgen, um die für Djakarta vorbereiteten Dokumente zu beraten und, wenn möglich, während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion Gemeinden der Russisch-Orthodoxen Kirche zu besuchen, um ihre Spiritualität kennenzulernen.

Die Idealisierung des sozialistischen Systems übergeht Thomas. Er bemüht sich, vor allem die Einwände gegen das Ergebnis der Weltmissionskonferenz von Bangkok zu widerlegen. Er dankt dem Patriarchen für die brüderliche Kritik, betont seine Zufriedenheit da-

mit, daß Pimen das Eingehen des ÖRK auf die Nöte dieser Welt grundsätzlich gutgeheißen habe. Er meint aber, die „vertikale“ Dimension sei in Bangkok durchaus präsent gewesen, und fragt dann, ob es einen Sinn habe, zwischen „horizontal“ und „vertikal“ derart zu unterscheiden, wie es die Orthodoxen tun. Denn in der Person Jesu Christi sei dieser Unterschied aufgehoben. Er bekennt mit Pimen die bleibende Gültigkeit des Evangeliums, erinnert jedoch daran, daß jede Generation es neu und lebendig interpretieren müsse. Er gibt gerne zu, daß „die Heilserfahrung keineswegs nur in einer gerechten Gesellschaft gemacht werden kann... Das kostbarste geistliche Erbe haben uns wahrscheinlich jene hinterlassen, die um ihres Glaubens willen gelitten haben.“ Der Brief will den Dialog entspannen und erwartet die Lösung des Konflikts von den weiteren Konsultationen in Sagorsk.

### Der ÖRK soll ein Werkzeug bleiben

Ähnliches gilt für das Antwortschreiben, das Generalsekretär *Philipp Potter* an Patriarch *Dimitrios* gerichtet hat. Auch er geht auf dessen Einwände

## Humane vitae und das Weltbevölkerungsjahr

Anlässlich des Besuches der beiden Verantwortlichen für das Weltbevölkerungsjahr 1974 und die für August in Bukarest geplante Weltbevölkerungskonferenz am 28. März im Vatikan machte Papst *Paul VI.* in einer Ansprache erneut seine Position hinsichtlich der Bevölkerungsproblematik deutlich. Viele Aussagen entsprachen fast wörtlich einem vom päpstlichen Familienkomitee ausgearbeiteten und bereits im Oktober vorigen Jahres vom Staatssekretariat über die Apostolischen Nuntien und Delegaten an die Bischofskonferenzen weitergeleiteten Dokumente mit direktem Bezug zu

ein und versucht, sie zu überwinden, und zwar auf derselben Basis wie *M. M. Thomas*, daß in Jesus Christus die Unterschiede von „horizontal“ und „vertikal“ aufgehoben sind. Unbeantwortet bleibt hingegen die Forderung, christliche Gemeinschaften ohne ekklesiologische Qualität zurückzustellen und vor allem die römisch-katholische Kirche in den Rat aufzunehmen. Selbstverständlich dürfe der ÖRK nur das Werkzeug der Kirchen bleiben und keine eigene Kirche sein wollen, er müsse sogar „auf sein eigenes Abtreten hinarbeiten“ durch konsequente Anwendung der konziliaren Praxis und durch die Führung eines konziliaren Lebens. Leider bestehe „die *ernste Gefahr*, daß die Suche nach der Einheit über das Stadium der Suche nicht hinauskommt“. Die Einheit der Kirche sei so wichtig wie die Sorge um die Nöte der Menschen. Einseitige Akzente seien am ehesten zu vermeiden durch eine „in Jesus Christus verankerte Anthropologie“. Sowohl Potter wie Thomas vermeiden es, einen Hintergrund der orthodoxen Einsprüche zu berühren: so auch die wachsende Aktivität der römischen Kurie, die zur Zeit das ökumenische Gespräch stärker auf die hierarchische Struktur der universalen Kirche hinlenkt.

den beiden die Bevölkerungsthematik betreffenden Ereignissen dieses Jahres. Nach Veröffentlichungen in Belgien hat inzwischen auch die englische katholische Wochenzeitung „*The Tablet*“ (am 16., 23., 30. März 1974) dessen Wortlaut verbreitet.

Der von *Antonio Carillo-Flores*, dem Generalsekretär der Weltbevölkerungskonferenz, und *Rafael Salas*, dem verantwortlichen Exekutivdirektor für das von den Vereinten Nationen proklamierte Weltbevölkerungsjahr, gewünschte Besuch beim Papst verlief nicht ganz im Sinne der Besucher. Wegen einer Erkrankung des Papstes